

TITEL/Polizistenmorde

## Im Dienst getötet

Von Adalbert Halt

**Hilden/Wiesbaden. Nur wenige Tage nach den Morden an einer Polizeibeamtin und zwei Polizeibeamten in Dortmund und Waltrop ist erneut ein Polizist Opfer eines Verbrechens geworden. Mit einer Mahnwache gedachte die GdP des am 22. Juni in Eltville-Walluf ermordeten Kollegen Ingo Grebert. Der 32-jährige Polizeibeamte war von einem 25-jährigen Türken bei einer Personenkontrolle erschossen worden. Damit erhöhte sich die Zahl der in den letzten zwölf Monaten ermordeten Kolleginnen und Kollegen auf acht.**

Bei seiner Festnahme hatte der Verdächtige einem der beiden anwesenden Beamten die Dienstwaffe entrissen und unmittelbar auf die Beamten geschossen. Der Täter verletzte Ingo Grebert so schwer, dass er später seinen Verletzungen erlag. Ebenso durch den Täter schwer verletzt wurde der 44-jährige Kollege des Ermordeten. Er ist mittlerweile außer Lebensgefahr.

### **"Verrohung in der Gesellschaft nicht nur Sache der Polizei"**

GdP-Vertreter aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligten sich an der mehrtägigen Mahnwache in der letzten Juni-Woche vor dem Polizeipräsidium Wiesbaden. "Wir sind fassungslos über die Bedenkenlosigkeit, mit der immer häufiger Polizistinnen und Polizisten angegriffen werden. Acht erschossene Polizeibeamtinnen und -beamte in weniger als zwölf Monaten und eine Vielzahl Schwerverletzter sind ein unübersehbares Zeichen, dass etwas geschehen muss. Die Verrohung in unserer Gesellschaft nimmt zu. Das ist längst nicht mehr allein Sache der Polizei. Das geht uns alle an", sagte der GdP-Vorsitzende Norbert Spinrath, der gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der hessischen GdP, Jörg Stein, ebenfalls an der Mahnwache teilnahm.

Mit der Mahnwache habe die GdP der Bevölkerung einerseits eine Anlaufstelle geboten, ihre Erschütterung und ihre Anteilnahme auszudrücken, sagte Jörg Stein; andererseits wollte man mit den Menschen ins Gespräch kommen. "Als Polizeibesetzte wollen wir auch weiterhin ein offenes und gutes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land bewahren. Wir müssen uns aber auch gegen solche Ausbrüche zügelloser Gewalt wappnen."

In Gesprächen mit den Menschen warben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Mahnwache, unter ihnen viele Delegationen aus anderen Bundesländern, bei den Bürgerinnen und Bürgern um Verständnis für unvermeidliche Vorsichtsmaßnahmen zum besseren Schutz von Polizeibeamten in alltäglichen Situationen. In einem entsprechenden Flugblatt, das vor der Mahnwache an tausende von Passanten verteilt wurde, hieß es ferner wörtlich:

"Wir brauchen Ihre Unterstützung, um unseren Anliegen in der Politik Gehör zu verschaffen, wenn die Toten begraben sind und sich das Vergessen wieder breit macht.

Wir - alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land - müssen uns gemeinsam um den Frieden in unserer Gesellschaft bemühen. Jeder an seinem Platz. Gewalt darf nicht die Oberhand gewinnen!"

Anlässlich des erneuten Mordes an einem Polizeibeamten erklärte GdP-Vorsitzender Norbert Spinrath, es seien nicht nur die grausamen Morde der letzten Monate, die zur Beunruhigung Anlass gäben, sondern auch die tagtägliche Gewaltbereitschaft, mit der Polizistinnen und Polizisten rechnen

und umgehen müssten. Zu beobachten sei aber, dass bei der anschließenden juristischen Strafzumessung Widerstandsleistungen gegen die Vollstreckungsbeamten meist nur unwesentlich ins Gewicht fallen und häufig als übliches Berufsrisiko des Polizeibeamten abqualifiziert würden. "Hier mahne ich ein Umdenken und ein Ausschöpfen des Strafrahmens an", sagte der GdP-Vorsitzende. Widerstandshandlungen seien keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten und sollten als solche entsprechend bestraft werden.

### **Am Konzept bürgernahe Polizei festhalten**

Die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder wollen auch nach den Polizistenmorden in Nordrhein-Westfalen und Hessen am Konzept der bürgernahen Polizei festhalten. Dies beschlossen sie in einer Telefonkonferenz am 28. Juni. Sie appellierten an die Bürgerinnen und Bürger, "das Verhalten der Polizeibeamtinnen und -beamten beim Einschreiten auch unter dem Aspekt der Eigensicherung zu sehen und entsprechende Weisungen nicht als Schikane misszuverstehen."

Ferner heißt es in dem Beschluss der IMK, "auf der Basis der bereits fundierten bisherigen Konzepte zur Eigensicherung die ausbildungsmäßigen, technischen und taktischen Möglichkeiten zu optimieren." Geeignete Maßnahmen dürften nicht an Haushaltszwängen scheitern.

Die IMK beauftragte den AK II, parallel zur weltweiten Erkundung der Märkte nach einer dauerhaft tragbaren Schutzweste eine Entscheidung der IMK über die europaweite Ausschreibung eines Auftrags zur Entwicklung einer entsprechenden Weste bis zum 21. Juli 2000 vorzubereiten. "Wenn wir eine Weste finden, die den Anforderungen genügt, wird sie bundesweit eingeführt", erklärte IMK-Vorsitzender Dr. Fritz Behrens in einem [Interview](#) mit der GdP.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 8/2000](#))